



Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Polizei und Kommunen müssen Hand in Hand arbeiten

Sie heißen „Stadtstreife“ oder „Ordnungsdienst“, tragen Uniform und sollen dazu beitragen, dass sich die Menschen auf der Straße sicher fühlen: Die Idee, kommunale Streifen- und Ordnungsdienste einzurichten, gab es auch schon vor über 10 Jahren. In letzter Zeit wurden aber vielerorts – auch in Niedersachsen – neue Konzepte dafür entwickelt und das Personal aufgestockt.

Der Grund ist das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen: Die Angst vor Straftaten ist größer geworden, obwohl sich objektiv die Lage verbessert hat und die PKS auch bessere Zahlen aufweist. Die Verantwortung für die objektive Sicherheit sowie für das subjektive Sicherheitsgefühl kann aber nicht allein die Polizei übernehmen. Die kommunale Verwaltung ist hier genauso gefragt.

Denn das Sicherheitsgefühl entscheidet mit darüber, wie Lebens- und Standortqualität bewertet werden. Dabei sorgen nicht nur spektakuläre Straftaten für Verunsicherung. Auch Verwahrlosung und Vandalismus führen zu wachsender Angst vor Kriminalität.

Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten ist eine Aufgabe, die von der Polizei und den Kommunalbehörden gemeinsam wahrgenommen werden muss – wobei die Aufgaben und Zuständigkeiten strikt geregelt sein müssen. Die Polizei ist und bleibt für die Bekämpfung der Kriminalität zuständig. Originäre Aufgaben der Polizei dürfen nicht kommunalisiert werden! Es gilt daher einerseits, die Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit zu stärken und andererseits „Bündnisse für Sicherheit“ in den Kommunen zu schließen, an denen neben den Behörden auch Verbände, Vereine, die Wirtschaft und auch die einzelne Bürgerin und der einzelne Bürger beteiligt ist.

Die GdP Niedersachsen hatte dies bereits zur Kommunalwahl 2011 gefordert und deutlich gemacht: Wer eine

lebenswerte Kommune will, muss auch das Thema Sicherheit berücksichtigen! Hier seien beispielsweise städtebauliche Maßnahmen zur Vermeidung von sogenannten Angsträumen genannt. Aber auch Sauberkeit oder eine rechtlich einwandfreie Videoüberwachung können dazu beitragen, das Sicherheitsgefühl zu stärken. In jedem Fall aber empfiehlt sich eine enge Kooperation mit der Polizei, das gilt gerade auch beim Einsatz privater Sicherheitsunternehmen.

Inzwischen gibt es zahlreiche sogenannte Sicherheits- und Ordnungspartnerschaften. Doch wie weit dürfen deren Befugnisse gehen? Wie ist gewährleistet, dass die Polizei wirklich entlastet wird? Die kommunalen Ordnungskräfte sollen nicht nur Falschparkende aufschreiben, sondern auch potenzielle Ordnungstörer abschrecken, Verunreinigungen und Belästigungen frühzeitig erfassen und als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Dabei ist es durchaus denkbar, das Aufgabenspektrum zu konkretisieren.

In Salzgitter darf der kommunale Ordnungsdienst zum Beispiel Personalien feststellen, Platzverweise aussprechen, Personen festhalten und Gegenstände sicherstellen. Dabei sind die Bediensteten der Stadt Salzgitter immer mit einem Beamten oder einer Beamtin der PI Salzgitter unterwegs, in sogenannten gemischten Streifen. Ähnlich handhabt es die Stadt Meppen. An sich ist das eine gute Idee, denn so ist gewährleistet, dass die Polizei gleich vor Ort ist und nicht erst gerufen werden muss, wenn der Stadtstreife Straftaten auffallen. Was dabei nicht im Sinne des Erfinders ist: Teilweise werden hochspezialisierte Wasserschutzpolizisten abgeordnet, um auf Stadtstreife zu gehen. Hier geht das Konzept in die falsche Richtung. Da Wasserschutzpolizisten eine Spezialausbildung durchlaufen haben, setzt man hier die Ressourcen falsch ein. Die speziellen Aufgaben bleiben liegen.

Und wie sieht es mit der Aus- und Fortbildung der Ordnungsdienstmitar-



Städtische Brennpunkte, wie zum Beispiel der Raschplatz in Hannover, sollen in Zukunft auch durch kommunale Ordnungsdienste bestreift werden. Foto: Mantke

beiter aus? Die Vielzahl bestehender und neue Herausforderungen erfordern den Einsatz qualifizierten Personals und auch Konzepte zur Verbesserung der Qualifikation. So hat zum Beispiel die Stadt Hannover ein eigenes Qualifizierungskonzept entwickelt, das die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchlaufen. Neben rechtlichen und verwaltungsspezifischen Themenstellungen werden auch Aspekte wie interkulturelle Handlungskompetenz, Korruptionsprävention oder Kundenorientierung vermittelt. Daneben ist das Thema Fortbildung auch Teil der zwischen Polizeidirektion Hannover und Landeshauptstadt bestehenden Sicherheitspartnerschaft – konkret etwa mit einem gemeinsamen Deeskalations- und Konflikttraining.

Was wir letztlich vor allem brauchen, um das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen wieder zu stärken, ist ein Schulterschluss mit der Gesellschaft: Auch Eltern, Schulen und Vereine sind gefragt, wenn es um Prävention geht.

Und wir brauchen mehr Solidarität und Wertschätzung für Polizistinnen und Polizisten, Ordnungs- und Verwaltungsbeschäftigte, Feuerwehr und Rettungsdienste, um fehlenden Respekt entgegenzutreten sowie Beleidigungen und tätlichen Angriffen entgegenzuwirken.

**Dietmar Schilff, Landesvorsitzender
Angela Hübsch, Öffentlichkeitsarbeit**



9. AUGUST 2018 – VORMITTAGS: SITZUNG DES LANDESVORSTANDS

Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die übernächste Ausgabe 11/2018 bis zum 1. Oktober 2018.

Hinweise:

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. *Die Redaktion*

Du findest uns auf 
facebook.com/gdp.niedersachsen



Der Landesvorstand hat sich in seiner Sitzung am 9. August unter anderem intensiv mit dem Entwurf des NPOG beschäftigt.

Foto: TT

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Niedersachsen

Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0,
Fax 5 30 37-50

Internet: www.gdpniedersachsen.de

E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp.de

Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Philipp Mantke
(V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur
des Landesjournals)

Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0
Telefax (05 11) 5 30 37-50

E-Mails an:

redaktion@gdpniedersachsen.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74

Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 396-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6454

NACHMITTAGS: ANHÖRUNG ZUM NEUEN NIEDERSÄCHSISCHEN POLIZEIGESETZ



Mit den Eindrücken aus der Diskussion in der Landesvorstandssitzung am Vormittag hat der Landesvorsitzende Dietmar Schilff an der Anhörung des Innenausschusses zum neuen NPOG teilgenommen und die GdP Position dargestellt.

Foto: JH



AUS DEN FACHAUSSCHÜSSEN

Fachausschuss (FA) WSP der GdP Niedersachsen konstituiert sich neu

Am 21. Juni 2018 sind die Vertreterinnen und Vertreter der WSP-Dienststellen Küste und Binnenland in der Geschäftsstelle der GdP Niedersachsen zusammengekommen, um einen neuen FA zu bilden.

Zum neuen Vorsitzenden wurde Henning Langrehr gewählt. Die Mitglieder wollten mit der Wahl eines Kollegen aus dem Binnenland zeigen, dass die GdP eine intensive Zusammenarbeit der WSP-Dienststellen fördert. Zum Zweiten Vorsitzenden wurde als Vertreter der Küstendienststellen Heinz Gerhard Elsen gewählt. Er soll auch die Vertretung des FA im Bundesfachausschuss WSP wahrnehmen.

Die Mitglieder waren sich in ihrer konstituierenden Sitzung einig, dass alle WSP-Dienststellen ausschließlich WSP-eigene Aufgaben wahrnehmen

sollten. Im Binnenland ist dies, bedingt durch die Zuordnung zu unterschiedlichen Behörden, teilweise leider nicht der Fall.

Die Förderung von Personalgewinnung und -ausbildung junger Kolleginnen und Kollegen wurde ebenso als Aufgabenfeld des neuen Ausschusses beschrieben, wie auch grundsätzliche Überlegungen über die Zukunftsfähigkeit der Wasserschutzpolizei Niedersachsen.

Insbesondere zum Themenfeld „Zukunft WSP Niedersachsen“ planen die Mitglieder einen zweitägigen Workshop, um zu einer gemeinsamen Position der Dienststellen Küste und Binnenland zu kommen.

Der Leiter der WSP-Inspektion Oldenburg, Jörg Beensen, war als Gast anwesend und zeigte großes Interesse an den Themen.

**Henning Langrehr,
Vorsitzender FA WSP**



**Ein Kollege aus dem Binnenland wird
Fachausschussvorsitzender: Henning Langrehr.
Foto: GdP**

FA Verwaltung kritisiert Umgang mit Ergebnissen der Landesprojektgruppe

Am 4. Juli 2018 hat in der Geschäftsstelle die konstituierende Sitzung des Fachausschusses Polizeiverwaltung stattgefunden. Dabei ist der bisherige Vorstand in seinen Ämtern bestätigt worden. Die aktuelle, unbefriedigende Situation in der Polizeiverwaltung war zentrales Thema.



**Die Mitglieder des Fachausschusses
Verwaltung beim Gruppenfoto. Foto: GdP**

Bei den Vorstandswahlen wurden einstimmig Detlef Ruppelt (PD BS) als Vorsitzender und Peter Nienaber (PD OS) sowie Hans Jörg König (PD H) als stellvertretende Vorsitzende wiedergewählt. Die Aufgaben des Schriftführers übernimmt nach ebenfalls einstimmiger Wahl Carsten Schnelle (PD BS).

In ihrem gewerkschaftlichen Situationsbericht informierte Petra Franzen, die als Vertreterin im GSV anwesend war, unter anderem über allgemeinpolitische Entwicklungen mit gewerkschaftlichem Bezug. Leider konnten Einzelheiten für den Bereich der Verwaltung, insbesondere auch zum Personalhaushalt 2018, nicht erörtert werden, da hierzu aus dem MI bisher keine konkreten Planungen kommuniziert wurden.

Einen breiten Raum nahm die Diskussion über die aktuelle Situation in der Polizeiverwaltung, fehlende Per-

spektiven und den nicht zu akzeptierenden Umgang mit den Ergebnissen der Landesprojektgruppe Verwaltung ein. In diesem Zusammenhang wurde deutlich, dass die Stimmung in der Polizeiverwaltung bedrückt ist und durchgehend in allen Behörden der Eindruck entstanden ist, nicht vollständig gleichberechtigt in den Gesamtauftrag Polizei eingebunden zu sein. Einigen Entscheidungsträgern scheint es wohl leider egal zu sein, wie es mit der Polizeiverwaltung weitergeht.

Im Nachgang der Sitzung wurde daher ein Fragenkatalog an den Landespolizeipräsidenten erarbeitet. Die Antworten auf diese Fragen werden Gegenstand einer außerordentlichen Fachausschusssitzung gemeinsam mit unserem Landesvorsitzenden Dietmar Schilff im Oktober sein.

Detlef Ruppelt, Red.



„Die sichere Stadt als ein vorrangiges Ziel“

Das Thema „Öffentliche Ordnung“ hat in den letzten Monaten an Bedeutung gewonnen und die Arbeit der Kommunalparlamente in Niedersachsen dominiert. Mehrere Städte und Gemeinden haben eigene kommunale Ordnungsdienste eingerichtet oder planen dies. Im Interview mit dem Ordnungsdezernenten der Stadt Hannover, Axel von der Ohe, hat das LandesJournal einen interessanten Einblick in die Arbeit der Ordnungshüter gewonnen, die auf Grundlage des Gefahrenabwehrrechts mit teilweise identischen Befugnissen ausgestattet und zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten befugt sind.

Deutsche Polizei (DP): Ein jeder Polizist, eine jede Polizistin lernt in seiner/ihrer Ausbildung, dass die Gefahrenabwehr originäre Aufgabe von Verwaltungsbehörden ist. Wie stellt sich Hannover mit über 540.000 Einwohnern den aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen?

Von der Ohe: Nicht nur Hannover, sondern viele Großstädte haben sich bundesweit auf den Weg gemacht, eigene städtische Ordnungsdienste einzurichten. In der heutigen Zeit, in der das Sicherheitsempfinden vieler Menschen beeinträchtigt ist, erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns, dass wir uns intensiver für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung einsetzen. Die saubere und sichere Stadt gilt hierbei als ein vorrangiges Ziel.

Mit Unterstützung der Politik haben wir im letzten Jahr einen Prozess für ein neues mehrstufiges Ordnungskonzept für Hannover in Gang gesetzt. Wir werden die bereits bestehende vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Polizei intensivieren, aggressive Bettelerei konsequent unterbinden und einen eigenen kommunalen Ordnungsdienst installieren. Künftig werden bis zu 50 städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadt Präsenz zeigen und den Bürgern mit Rat und Tat zur Seite stehen. Wir wollen keine polizeilichen Aufgaben übernehmen, sondern vielmehr einen guten, ergän-

zenden Beitrag zur Sicherheit und zum Sicherheitsgefühl der Menschen leisten.

DP: Mit den von Ihnen genannten Maßnahmen orientiert sich die Stadt Hannover an dem aktuellen Grundsatzpapier des Deutschen Städtetages. Dieser fordert ein stärkeres Engagement von Kommunen in Sicherheitsfragen. Besteht hier nicht auch die Gefahr, dass das Schutzgut „Sicherheit“ durch städtische Ordnungsdienste weiter kommunalisiert wird und Städte künftig in Konkurrenz zu den hoheitlichen Aufgaben des Landes treten könnten?

Von der Ohe: Nein, eine Konkurrenzsituation sehe ich hier nicht. Die Polizeidirektion ist für uns der zentrale Sicherheitsakteur in der Stadt. Daran werden und wollen wir nicht rütteln. Aus kommunaler Perspektive verfolgen wir die Philosophie der Vernetzung und Kooperation analog unseres seit Mitte der 90er-Jahre bestehenden Kommunalen Präventionsrates. Ob es das kommunale Entsorgungsunternehmen AHA mit seinen Müllfahndern ist, private Sicherheitsdienstleister oder zivilgesellschaftliche Angebote der Straßensozialarbeit im Bereich des Hauptbahnhofes: Alle leisten einen relevanten Beitrag zur Stärkung der Sicherheit und Aufrechterhaltung der Ordnung im öffentlichen Leben.

DP: Wie genau sieht die Arbeit des neuen Ordnungsdienstes aus?

Von der Ohe: In erster Linie werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der Straße präsent und mit einer einheitlichen blauen Uniform und hannoverschen Hoheitsabzeichen sichtbar sein. Sie sollen Verstöße wie Ruhestörungen oder aggressive Bettelerei ahnden, aber auch Maßnahmen zur Beseitigung von wilden Müllablagerungen oder Schrottfahrrädern initiieren. All das, was wir im Alltag als störend empfinden, ist Gegenstand für die Arbeit des neuen



Landesredakteur Christopher Finck und Axel von der Ohe kennen sich aus Ihrer Arbeit als Ratsmitglieder. Foto: Mantke

Ordnungsdienstes. Wir werden Montag bis Samstag ein Einsatzfenster von 8 bis 22 Uhr mit einer Doppelstreife in blauer Dienstkleidung abdecken. An den gemeinsamen Streifengängen mit der Polizei im Innenstadtbereich werden wir weiter festhalten. Zum Selbstschutz erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Pfefferspray und für den Bedarfsfall auch Sicherheitswesten.

DP: Ist Hannover mit dem neuen Konzept Vorreiter in Niedersachsen? Und wenn ja, was kostet dieses zusätzliche Engagement?

Von der Ohe: In der Größenordnung hat sich in Niedersachsen bislang keine Kommune auf den Weg gemacht, einen eigenen Ordnungsdienst mit Sicherheitskompetenzen zu installieren. Gleichwohl verfügen wir natürlich seit Jahren über einen Verkehrsaußendienst oder auch Vollstreckungsbeamte. Im bundesweiten Vergleich stehen wir ebenfalls gut da. Insgesamt kostet uns der Ordnungsdienst jährlich rund drei Millionen Euro, wobei unsere städtischen Mitarbeiter vergleichbar eines Polizeikommissars bezahlt werden. Aus unserer Sicht ist das gut investiertes Geld in qualifiziertes Personal, um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern.

DP: Da sprechen Sie einen interessanten Punkt an. Denn auf der einen Seite verzeichnet Hannover mit knapp 115.000 Straftaten den niedrigsten Stand seit 2014 und gleichzeitig wächst das Bedürfnis nach mehr Sicherheit. Wie passt das zusammen?



INTERVIEW MIT AXEL VON DER OHE

Von der Ohe: Diese Frage ist leider nicht leicht zu beantworten. In Repräsentativerhebungen aus dem Jahr 2015 haben uns 90% der befragten Bürgerinnen und Bürger zurückgemeldet, dass sie sich in Hannover sicher fühlen. Aktuellere Zahlen, die wir gerade erhoben haben, bestätigen grundsätzlich das hohe Sicherheitsempfinden in Hannover, zeigen aber auch eine gewisse Eintrübung. Gleichzeitig formulieren die Menschen sehr klar ihren Wunsch, dass die Stadt ihre Ausgabenprioritäten zugunsten von mehr Sicherheit tendenziell erhöht. Sicherheit ist und bleibt eines der Kernbedürfnisse der Menschen. Durch die gegenwärtigen Trends, sei es in den Bereichen der Migration, der Digitalisierung, der Globalisierung, des Terrorismus oder der Individualisierung haben viele Menschen Einbußen an einer klaren Orientierung erfahren. Ich glaube,

dass eine stärkere Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem sozialen Umfeld, ihrem Kiez und mehr Achtsamkeit miteinander eine Lösung aus diesem Dilemma darstellen kann.

DP: In den Medien wurden zuletzt städtebauliche Maßnahmen gegen die Terrorismusgefahr und zum Schutz öffentlicher Veranstaltungen, wie Weihnachtsmärkte und Volksfeste gefordert. Wie hat sich die Stadt Hannover auf die Bedrohungslage eingestellt?

Von der Ohe: Auch hier arbeiten wir eng mit der Polizeidirektion Hannover zusammen und erstellen zu den größeren Veranstaltungen gemeinsame Risikoraster, aus denen wir dann konkrete Schutzmaßnahmen ableiten. Unserer Meinung nach kann der Schutz von Veranstaltungen am besten und wirksamsten von Menschen geleistet werden. Baumaßnahmen suggerieren eher eine

Scheinsicherheit und könnten durch Terroristen leicht umgangen werden. Gut ausgebildete und mit entsprechenden Einsatzmitteln ausgestattete Polizistinnen und Polizisten sind aus unserer Sicht der richtige Weg. Kurz gesagt: Veranstaltungen schützt ich durch Polizisten und nicht durch Poller.

DP: Zum Schluss die Frage: Sie sind jetzt seit gut einem Jahr als Kämmerer und Ordnungsdezernent der neue „starke Mann“ im Rathaus – haben Sie selbst schon einmal in einem Streifenwagen gesessen und Hannover aus der Perspektive der Polizei erlebt?

Von der Ohe: Bislang hat sich die Gelegenheit hierzu noch nicht ergeben. Aber interessieren würde mich das durchaus. Bei Gelegenheit werde ich mal den Polizeipräsidenten Herrn Kluwe fragen.

Das Interview führten Christopher Finck und Philipp Mantke

Frisch gedruckte Mappen zur Vorbereitung auf den Ruhestand

Beim Übergang von der Berufstätigkeit zur Rente bzw. zur Pension gibt es eine ganze Menge zu berücksichtigen und zu erledigen. Die Landesseniorengruppe hat dazu zwei verschiedene Infomappen erarbeitet, die nun druckfrisch vorliegen und bei der Landesvorstandssitzung vorgestellt wurden.

Die Idee, die Mappe zu entwickeln, wurde auf der Landesseniorenvorstandssitzung im Mai 2016 geboren. Dort hatte Dietmar Schilff berichtet, dass viele Austritte aus der GdP erfolgen, wenn die Mitglieder im Vorruhestandsalter sind. „Er hat uns daher gebeten, im Sinne der Mitgliederpflege gegenzusteuern und die Unterstützung des GsV zuzusagen“, berichtet der Landesseniorenvorsitzende Erwin Jark. Hermann Müller, stellv. Landesseniorenvorsitzender, habe sich spontan bereit erklärt, den Inhalt einer Mappe „Vor dem Ruhestand“ zusammenzutragen und bei der kommenden Sitzung vorzustellen.

„Intention der Mappen ist es, die Vorteile einer weiteren Mitgliedschaft zu verdeutlichen und sie ein Jahr vor Eintritt in den Ruhestand persönlich durch die Kreisgruppen an die angehenden Ruheständler zu übergeben“, so Jark. Die federführend von Hermann Müller erstellten Entwürfe der Mappen waren Anfang 2017 fertig. Bereits nach kurzer Zeit wurde immer wieder angefragt, ab wann vor Ort mit den Mappen zu rechnen sei. Zunächst wurden sie daher von den Bezirksseniorenvorsitzenden kopiert und bei örtlichen Veranstaltungen verteilt.

Seit Juli liegen nun professionell gedruckte Exemplare vor. Sie enthalten neben einem Anschreiben, das personalisiert werden soll,



Dietmar Schilff und Erwin Jark präsentieren die neue Infomappe.

Foto: JH

zahlreiche nützliche Tipps, Checklisten, Formulare, Kontakte und Hinweise sowie die Broschüre APS-Vorsorge der GdP Bund. Die Mappen wurden in entsprechender Anzahl an die Bezirksgruppen versandt. Erwin Jark: „Die Reaktionen auf die Idee waren vom Landesseniorenvorstand und den Bezirksseniorengruppen von Anfang an äußerst positiv.“

Red.



Anzeige



**8-Tage-Erlebnisreise
Spanien vom
14. bis 21. Mai 2019
oder vom
21. bis 28. Mai 2019**

Asturien

Annamartha_pixelio.de

Leistungen, die überzeugen:

- Flüge ab/bis Hamburg (Umsteigeverbindung) mit renommierter Fluggesellschaft in der Economy-Class bis/ab Oviedo
- Transfers am An- und Abreisetag im Zielgebiet
- Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren
- Rundreise/Ausflüge im landestypischen Reisebus mit Klimaanlage
- 7 Übernachtungen in Hotels (Bad oder Dusche/WC)
- 7 x Frühstück, 7 x Abendessen

Höhepunkte Ihrer Reise:

- Halbtagesausflug Gijón
- Fahrt zum Cabo de Peñas
- Stadtbesichtigung und Marktbesuch von Aviles
- Besichtigung der frühromanischen Kirche Santa Maria del Naranco
- Alle Eintrittsgelder
- Speziell qualifizierte Deutsch sprechende Erlebnisreiseleitung
- Ausgewählte Reiseliteratur

ab **1.195,-** p.P.
im DZ

Anmeldeschluß: 31.10.2018



Information und Buchung:

GdP-Touristik
Berckhusenstr. 133 a
30625 Hannover
Telefon 05 11 / 5 30 38 10
Telefax 05 11 / 5 30 38 50
service@gdp-service.de

Veranstalter: Gebeco GmbH, Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel



Annamartha_pixelio.de



Weitere Informationen
und Angebote im Internet
unter www.gdp-service.de

Mindestteilnehmerzahl 30 Personen.
Irrtum und Zwischenverkauf vorbehalten.



Sommerfahrt der Senioren/-innen der KGen Hameln-Pyrmont und Holzminden nach Nienburg



Gruppenbild mit Carsten Rose vor „seiner“ Polizeiakademie.

Foto: PA Nienburg

Am 21. Juni haben 27 Senioren/-innen der Kreisgruppen Hameln-Pyrmont und Holzminden auf einer Sommerfahrt nach Nienburg die dortige Polizeiakademie und das Polzeimuseum besichtigt.

Der Direktor der PA, Carsten Rose, ließ es sich nicht nehmen und empfing die Gäste aus seiner „alten“ Heimat persönlich. In einem einstündigen Vortrag stellte Rose „seine“ Akademie sehr anschaulich vor. Für viele Teilnehmende war es der erste Kontakt mit der PA und ihren Studie-

renden. Viele der Gäste waren überrascht und erstaunt vom Wandel der Ausbildung und den Ausbildungszielen, kannten sie doch bisher nur die frühere Landespolizeischule in Hann. Münden beziehungsweise die Fachhochschule in Hildesheim.

Nach einem gemeinsamen Spargelessen ging es anschließend zu Fuß weiter zum zweiten Programmpunkt in Nienburg: Dem polizeigeschichtlichen Museum. Hier angekommen, übernahm die stellvertretende Leiterin des Museums, Barbara Riegger, die Begrüßung und hieß die ehemaligen Ordnungshüter willkommen. Mit

großer Fachkompetenz leitete anschließend der jetzt ehrenamtlich tätige und ebenfalls im (Un-)Ruhestand befindliche Kollege Harald Reiss durch das Museum. Das Museum hat nicht nur die Aufgabe, polizeiliche Exponate zu sammeln und auszustellen. Vorrangig soll es die Geschichte der Polizei wissenschaftlich aufarbeiten und sie den Studierenden und der Öffentlichkeit vermitteln. Die Rolle der Polizei in der Kaiser- und Weimarer Zeit und während des Nationalsozialismus ist Studieninhalt während der dreijährigen Ausbildungszeit der jungen Kollegen/-innen.

Ein besondere Dank gilt Akademiedirektor Carsten Rose, Barbara Riegger sowie Harald Reiss für ihre freundlichen und anschaulichen Ausführungen. Gleichermäßen gilt der Dank aller Ausflügler den Initiatoren und Organisatoren Auwi Winsmann, Hartmut Freyer und Wolfgang Bienert.

Alle Beteiligten sind sich einig, dass auch in der Zukunft gemeinsame Unternehmungen beider Kreisgruppen erfolgen sollten.

Hartmut Freyer

PA-Senioren besichtigen neue Sporthalle

Die Seniorinnen und Senioren der KG Hann. Münden haben kürzlich die neue Sporthalle am Polizeiakademie-standort in Hann. Münden besichtigt.

Die für rund sechs Millionen Euro neu errichtete Halle versetzte alle Teilnehmenden in großes Erstaunen. Kollege Borchert führte uns durch das Gebäude. Die supermoderne Ausstattung der gesamten Anlage außen wie innen beeindruckte uns sehr. Zuerst inspizierten wir den riesigen Kraftraum mit den modernsten Übungsgeräten und anschließend die lichtdurchflutete Halle mit Raumteiler, Kletterwand, Trainingsgeräten und einem Schwingfußboden mit Markierungen für die verschiedensten Hallensportarten. Aus einem Re-

gieraum können die Ausbilder und Übungsleiter alles überblicken.

Wir waren alle von der gesamten Einrichtung sehr angetan und beim anschließenden gemeinsamen Essen in der Kantine wurden noch viele Erinnerungen, die die alte Halle betreffen, ausgetauscht. Einige erzählten

von Unfällen auf dem alten Holzfußboden mit Holzpflocken, die manche Narbe hinterließen.

Unseren neuen Studierenden kann man zu dieser hervorragenden Super-Sporthalle nur beglückwünschen.

Dieter Scheibe



Die Seniorinnen und Senioren vor der Kletterwand der neuen Sporthalle.

Foto: privat



Tippkick beim Kicktipp!



Von links: Matthias Ahäuser, Kirke Wienrich, Sabine Hoffmann, Uwe Fillmer, Frank Seidscheck, Christian Baasner. Foto: Philipp Mantke

Wir wissen nicht, ob sich der „Kick“ tatsächlich schon beim Tippen eingestellt hat, oder erst nachdem das letzte WM-Spiel gespielt war und damit die Entscheidung im ersten WM-Tipp-Spiel der GdP-Kreisgruppe ZPD Hannover feststand.

Die Gewinner des Tippspiels sowie die Zweit- und der Drittplatzierte hatten ihren Glücksmoment in jedem Fall bei der Preisverleihung bei der mit Unterstützung von Matthias Ahäuser von der PVAG Preise übergeben werden konnten, die den Beglückwünschten ein Lächeln auf die Gesichter zauberte.

Frank Seidscheck konnte für seinen ersten Platz einen Einkaufsgutschein in Höhe von 100 Euro entgegennehmen. Sabine Hoffmann und Christian Baasner freuten sich über Einkaufsgutscheine in Höhe von 50 bzw. 20 Euro. Als Kreisgruppenvorsitzender der KG ZPD Hannover und Initiator der Veranstaltung zog Uwe Fillmer ein überwiegend positives Resümee zu dieser Veranstaltung und äußerte die Hoffnung, dass mit Blick auf die positive Resonanz und die gute Außenwirkung künftig bei ähnlichen Aktionen ein noch stärkeres Teilnehmerfeld begrüßt werden könnte.

GdP-KG ZPD Hannover

TERMINANKÜNDIGUNG

Polizeitag am 4. September in Hannover

„Bürgernah, robust, digital: Niedersachsens Polizei auf dem Weg in die Zukunft“ ist der Titel des Polizeitags, der am 4. September 2018 in Hannover stattfindet.

Vertreter der GdP Niedersachsen, des PHPR sowie des Landespolizeipräsidiums werden ihre Sicht auf die neuen Polizeiaufgabengesetze, Auswirkungen der Digitalisierung und die Frage nach der Bürgernähe der Polizei darlegen. Ergänzt wird das Programm durch Expertenbeiträge. Sie befassen sich ebenfalls unter anderem mit Aspekten der Digitalisierung. Es geht zum Beispiel um mobile Identitätsfeststellung, die Auswertung digitaler Quellen und Fahrzeugschutz.

Die Eröffnungsrede wird Landespolizeipräsident Axel Brockmann halten. Zum Abschluss ist eine politische Diskussionsrunde mit Vertretern der Landespolitik und dem GdP-Landesvorsitzenden Dietmar Schilff vorgesehen.

Die seit dem Jahr 2010 jährlich durchgeführten Polizeitage sind eine Veranstaltungsreihe des „Behörden Spiegel“ in Kooperation mit der GdP und finden in verschiedenen Städten Deutschlands statt. „Wir freuen uns, dass diese renommierte Veranstaltung erneut in Hannover Station macht und wir ein spannendes Programm vorbereiten konnten“, so der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff.

Die Anmeldung ist für Mitglieder der GdP kostenlos und unter <https://www.polizeitage.de/anmeldung/> möglich.

Red.

„Frauenfahrenfort“ nach Amsterdam: Neuer Termin

Nach Oslo, Hamburg, Berlin und Dresden ist im kommenden Jahr Amsterdam das Ziel der „Frauenfahrenfort“-Reise. Dabei hat sich der ursprünglich ins Auge gefasste Termin verändert. Die Fahrt soll nunmehr für den 10. bis 12. Mai 2019 geplant werden. Auch einige mögliche Programmpunkte gibt es bereits.

Die Fahrt bietet gemeinsame, kulturelle Erlebnisse und die Möglichkeit, sich dabei in lockerem Rahmen über gewerkschaftliche Arbeit auszutauschen: Denkbar ist z. B. eine Grachtenfahrt durch Amsterdam zu unternehmen oder auch mit dem Boot vom Hotel ins Zentrum zu fahren, einen Stadtrundgang zu machen und u. a. den Blumenmarkt zu besuchen.

Der Landesfrauenvorstand plant auch, mit den örtlichen Kolleginnen und Kollegen Kontakt aufzunehmen, um ein Treffen zu organisieren. Des Weiteren könnte bei entsprechender Personenzahl auch der Besuch des Anne-Frank-Museums geplant werden.

Die Unterkunft könnte im Doppel- oder Einzelzimmer z. B. im Mercure Hotel Amsterdam City sein. Änderungen vorbehalten. Wer an der „Frauenfahrenfort“-Tour teilnehmen möchte, kann sich bei der Landesfrauenvorsitzenden unverbindlich mit einem Zimmerbelegungswunsch melden. E-Mail: anjasurkau@kabelmail.de. Sobald konkrete Planungen und die Kosten feststehen, werden die Interessentinnen informiert. Alles Weitere wird über die GdP-Mitgliederservice-GmbH organisiert. Da die Plätze wie jedes Jahr begrenzt sind, empfiehlt sich eine frühzeitige Reservierung.

Red.

NACHRUFE

Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Niedersachsen – trauert um folgende verstorbenen Kolleginnen und Kollegen:

Klimkeit, Willi
26. 3. 1933
Krs.-Gr. Osnabrück
Schmalbruch, Werner
5. 2. 1920
Krs.-Gr. Wolfenbüttel

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten

